

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Schleswig-Holstein **FDP**

**Antragsbuch zum
Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein
am 23. März 2019
in der Stadthalle Neumünster**

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Mache Europa zu DEINEM Europa**

4

5 Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als Erfolgsmodell behauptet.

6 Wir Freie Demokraten wollen diese Union auf europäischer, nationaler aber auch auf Landes-
7 ebene weiterentwickeln und stärken.

8 Die Europäische Union steht für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und das auch in
9 Ländern, in denen die Menschen bis vor gut 30 Jahren in Unfreiheit leben mussten. Die Euro-
10 päische Union ist Grundlage und Garant für Frieden und Wohlstand in unserem Land.

11 Wir treten deshalb für eine starke Europäische Union ein und wollen das Zusammenwachsen
12 der Menschen in Europa, die in dieser Wertegemeinschaft leben, weiter fördern und vor An-
13 griffen von außen und innen schützen. Wir wollen ein einiges Europa, das die Besonderheiten
14 seiner Regionen und der Menschen, die in diesen leben, achtet und schützt.

15 Wir setzen uns ein für ein starkes Europa, das den historischen Herausforderungen, vor denen
16 wir stehen, gewachsen ist. Es gibt Nachbarregionen im Osten und Süden der Europäischen
17 Union, die instabil und uns oft nicht freundlich gesonnen sind. Der Kurs unseres langjährigen
18 Freundes und Partners im Westen, den Vereinigten Staaten von Amerika, ist und bleibt unge-
19 wiss. In Fernost wächst mit China ein Wettbewerber heran, der seine politischen und wirt-
20 schaftlichen Interessen weltweit mit Macht durchzusetzen versucht. Nur eine geeinte Union in
21 Europa kann ein wirksames Gegengewicht zu diesen Kräften sein.

22 Wir müssen aber auch nach innen für die europäische Idee werben. Wir stellen vermehrt na-
23 tionalistisch orientierte Fliehkräfte in Teilen unserer Gesellschaft fest, die sich klar gegen die
24 Grundprinzipien und Überzeugungen stellen, die die Europäische Wertegemeinschaft über
25 viele Jahre geprägt haben. Und vor uns steht der Brexit, der Austritt Großbritanniens aus der
26 Europäischen Union, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Nur wenn die europäischen
27 Nationen zusammenstehen, werden wir diese Herausforderungen meistern.

28 Zu diesen politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen gesellen sich die technisch-wirt-
29 schaftlichen. Globalisierung und Digitalisierung, aber auch Klimawandel und Migrantenströme
30 sowie die sicherheitspolitische Lage oder die Stabilität unserer europäischen Währung sind

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

31 Herausforderungen, die kein Land der Europäischen Union allein bewältigen kann. Nur in der
32 Gemeinschaft sind wir stark und nur so können wir unser Schicksal global mitbestimmen.
33 Eine starke Europäische Union ist der Garant für unsere europäische Lebensweise, die auf
34 liberalen Werten gründet und uns ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies wol-
35 len wir Freie Demokraten bewahren, weiterentwickeln und stärken, ohne dass die regionalen
36 Besonderheiten vernachlässigt werden. Europa ist und bleibt eine Gemeinschaft der Nationen
37 und der Regionen und jede hat ihre Eigenheiten.

38 So sehr wir die Einigkeit der Staaten in Europa brauchen, so sehr müssen wir auch die regio-
39 nalen Eigenarten bewahren und respektieren, die für ein Europa der Vielfalt stehen. Gerade
40 in Schleswig-Holstein wissen wir, wie Menschen unterschiedlichster Volksgruppen friedlich zu-
41 sammenleben können. Wenn sich in unserem Land Dithmarscher, Friesen, Dänen, Holsteiner
42 und viele andere alle gemeinsam als Schleswig-Holsteiner begreifen, dann muss das auch im
43 Großen, auf europäischer Ebene möglich sein. Schleswig-Holstein kann ein Vorbild für ein
44 geeintes Europa sein. Deshalb wollen wir unsere schleswig-holsteinischen und durchaus libe-
45 ral geprägten Grundüberzeugungen in unser Europa einbringen.

46 Unsere Ziele für ein Europa, in dem Schleswig-Holstein ein fester Bestandteil und loyaler Part-
47 ner ist, sind:

48

- 49 • DEIN EUROPA – demokratisch und bundesstaatlich

50

51 Unser Ziel ist ein demokratisches und bundesstaatliches Europa mit einer Europäischen Ver-
52 fassung. Wir treten ein für eine Stärkung der Rechte des Europaparlamentes durch die Über-
53 tragung von Budget- und Initiativrechten.

54

55 Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass die Europäische Union für die Bereiche zuständig
56 ist, für die einheitliche europaweite Regeln erforderlich und sinnvoll sind. Dazu gehören insbe-
57 sondere der Binnenmarkt, die Außen- und Sicherheitspolitik, der Klimaschutz einschließlich
58 der Energiepolitik, der Schutz der Außengrenzen und die Einwanderungs- und Asylpolitik. Be-
59 reiche, die keiner europaweiten Regelung bedürfen, bleiben in der Verantwortung der Mitglied-
60 staaten und ihrer Regionen, um die Vielfalt und die regionalen Besonderheiten in Europa zu
61 erhalten.

62

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

63

64 • DEIN EUROPA – bessere Bildungschancen

65

66 Wir Freie Demokraten setzen uns für Bildungsfreizügigkeit als fünfte Säule des Binnenmarktes
67 ein. Unsere Überzeugung ist, dass Europa insbesondere vom Austausch von Wissen, Ideen
68 und Innovationen lebt. Wir brauchen eine europäische Wissensgesellschaft, die gemeinsam
69 an Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Probleme arbeitet.

70

71 Auch in der beruflichen Bildung brauchen wir eine Vernetzung des Wissens. Wir werden uns
72 daher für einen umfassenderen und intensiveren Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen ein-
73 setzen. Wir Freie Demokraten fordern, den europäischen Austausch in der beruflichen Ausbil-
74 dung auszubauen und die Ausbildung in einem anderen EU-Staat zu ermöglichen. Das Land
75 Schleswig-Holstein sollte vorangehen und eine „Vernetzungsstrategie Berufliche Bildung“ er-
76 arbeiten, damit Berufsbildende Schulen und Betriebe mit Unterstützung des Landes noch häu-
77 figer und intensiver mit Partnerinstitutionen in anderen EU-Staaten kooperieren können. Wir
78 brauchen zudem eine europäische Ausbildungsagentur, um freie Ausbildungsplätze länder-
79 übergreifend vermitteln zu können.

80

81 Um den Menschen in Europa echte Freizügigkeit zu gewähren, müssen wir zudem die Ver-
82 gleichbarkeit von Ausbildungsabschlüssen herstellen. Nur so können wir erreichen, dass sich
83 Menschen europaweit beruflich entfalten und dort leben können, wo es ihnen am besten ge-
84 fällt.

85

86 • DEIN EUROPA – Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe

87

88 Die Machtverhältnisse in der Welt verändern sich. Die sicherheitspolitischen Interessen der
89 europäischen Mitgliedstaaten können nur gewahrt werden, wenn wir gemeinsam als Europäi-
90 sche Union in der Welt auftreten. Wir Freie Demokraten fordern daher eine gemeinsame und
91 einheitliche europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik, um den großen
92 Mächten auf der Welt, insbesondere den USA, Russland und China auf Augenhöhe begegnen
93 zu können.

94

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

95 Wir Freie Demokraten treten für gemeinsame europäische Streitkräfte ein, die in die NATO
96 integriert sind, und die Voraussetzung dafür sind, dass wir die europäischen Sicherheitsinter-
97 ressen erfolgreich vertreten können.

98

99 • DEIN EUROPA – Einwanderung und Flüchtlinge

100

101 Die bisherige europäische Migrationspolitik hat sich als untauglich erwiesen. Nationale Allein-
102 gänge haben das europäische System, insbesondere Dublin III endgültig zum Scheitern ge-
103 bracht und im Ergebnis in weiten Teilen außer Kraft gesetzt. Die Verteilung der Flüchtlinge auf
104 die Mitgliedstaaten war nicht gerecht und durch einen Mangel an Solidarität geprägt.

105

106 Wir Freie Demokraten fordern daher, die europäische Migrationspolitik neu zu ordnen und zu
107 vereinheitlichen. Für Migranten, die als Asylbewerber oder Flüchtlinge nach Europa kommen,
108 darf es nur noch ein aufenthaltsrechtliches Verfahren innerhalb der Europäischen Union ge-
109 ben, für das einheitliche in allen Mitgliedstaaten geltende Standards zur Anwendung kommen.
110 Rechtskräftige Entscheidungen, die in einem Mitgliedstaat getroffen wurden, gelten EU-weit
111 und sind ohne weiteres in jedem anderen Mitgliedstaat vollstreckbar.

112

113 Neben dem Recht auf Asyl und dem Schutz von Flüchtlingen setzen wir Freie Demokraten
114 uns ein für ein europäisches Einwanderungsrecht mit strengen Zugangskriterien und einem
115 Punktesystem, um die Fachkräftezuwanderung steuern zu können. Dabei haben wir das Ver-
116 ständnis, dass Einwanderung dauerhafte Zuwanderung bedeutet und folglich die Einbürge-
117 rung in ein EU-Land zum Ziel hat. Das fördert die Integration der Einwanderer und wirkt der
118 Entstehung von Parallelgesellschaften entgegen.

119

120

121 • DEIN EUROPA – Innovationskraft für eine bessere Zukunft

122

123 Um den Wohlstand unserer Gesellschaft für die Zukunft zu sichern, stärken wir die Wertschöp-
124 fungskette von Bildung über Forschung zu Entwicklung und Innovation. Schleswig-Holstein
125 verfügt über hochrangige Forschungseinrichtungen und eine Vielzahl von Hochtechnologieun-

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

126 ternehmen, die den internationalen Wettbewerb nicht scheuen müssen. Wir wollen die For-
127 schung in Schleswig-Holstein im europäischen Verbund weiter stärken und die Rahmenbedin-
128 gungen für einen Technologietransfer verbessern, damit die Unternehmen in Schleswig-Hol-
129 stein im europäischen Vergleich konkurrenzfähig bleiben.

130

131 Zentrale Bedeutung für die Innovationskraft unseres Landes hat die Digitalisierung. Sie beein-
132 flusst alle Lebensbereiche nachhaltig und Schleswig-Holstein bekennt sich dazu, den digitalen
133 Wandel aktiv mitzugestalten, damit die Chancen der Digitalisierung zum Wohle der Menschen
134 genutzt werden können, ohne die Risiken aus dem Blick zu verlieren.

135

136 Wir Freie Demokraten wollen in Europa einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt schaffen,
137 der einerseits den freien Zugang zu Informationen, insbesondere die Netzneutralität sicher-
138 stellt und so wenig wie möglich in die Freiheitsrechte eingreift. Das Recht auf informationelle
139 Selbstbestimmung sowie die Meinungs- und Medienfreiheit, insbesondere im Internet müssen
140 gewährleistet werden. Andererseits müssen wir Regeln europaweit schaffen, die dem Schutz
141 öffentlicher Schutzgüter, insbesondere dem Schutz von Eigentums- und Urheberrechten so-
142 wie dem Verbraucher- und Jugendschutz und dem Schutz vor digitaler Kriminalität dienen. Wir
143 werden uns als Freie Demokraten in Europa dafür einsetzen, dass europäische Regeln sowohl
144 die Freiheit des Internets als auch die freie Nutzung des Internets respektieren und jeglicher
145 Eingriff in Freiheitsrechte einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen wird. Wir
146 Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass Überregulierung die Innovationskraft behindert,
147 die die Digitalisierung für alle Lebensbereiche besitzen kann.

148

149 • DEIN EUROPA – Wirtschaft stärken, Umwelt schützen

150

151 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft, die der Garant für unseren
152 Wohlstand und den sozialen Frieden in unserem Land ist. Wirtschaft stärken heißt für uns, den
153 Menschen in unserem Land die bestmöglichen Chancen zu gewähren, um wirtschaftlichen
154 Erfolg zu haben, sei es in einem Beschäftigungsverhältnis oder als Unternehmerin oder Un-
155 ternehmer. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass diese Chancen
156 durch überbordende Regulierung nicht beeinträchtigt oder gar unterbunden werden.

157

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

158 Wir Freie Demokraten bekennen uns dazu, dass wir zwischen Wirtschaftsentwicklung einer-
159 seits und Umwelt- und Naturschutz andererseits einen Interessenausgleich schaffen müssen,
160 der beiden Ziele gerecht wird. Mensch, Natur und Wirtschaft dürfen nicht im Widerspruch zu-
161 einanderstehen. Wir wollen in Schleswig-Holstein mit vielen innovativen Ideen und Konzepten
162 vorangehen, um Wege aufzuzeigen, wie wir die Bedürfnisse und Interessen der Menschen an
163 einer prosperierenden Wirtschaft einerseits und an einer heilen und lebenswerten Natur ande-
164 rerseits in Einklang bringen können.

165

166 Wir müssen aber auch sicherstellen, dass wir in Europa nicht unsere Innovationskraft verlie-
167 ren. Wir müssen in der Lage sein, große Infrastrukturvorhaben wie die Elbvertiefung, die Feste
168 Fehmarnbeltquerung oder den Bau der A20 zügig zu realisieren. Ein wichtiger Baustein dabei
169 ist Planungssicherheit. Das setzt voraus, dass sich in der Planungsphase bis zur rechtskräfti-
170 gen Entscheidung die zu beachtenden Rahmenbedingungen nicht laufend ändern, wie dies in
171 der Vergangenheit immer wieder geschehen ist. Wir fordern daher, dass das Planungsrecht
172 auch auf europäischer Ebene so angepasst wird, dass für eine Planung allein die Rechtslage
173 maßgeblich ist, die zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung gegolten hat. So werden Großprojekte
174 wieder plan- und realisierbar.

175

176 Wir Freie Demokraten treten darüber hinaus ein für eine strategische Wirtschaftspolitik im Eu-
177 roraum, die die unabhängige Währungspolitik der Europäischen Zentralbank durch den Drei-
178 klang von Reformen in den Mitgliedstaaten, Mobilisierung von Investitionskapital und einen
179 echten öffentlichen Schuldenabbau unterstützt.

180

181 • Dein Europa: Starke Soziale Rechte und Gesundheit

182

183 Mit der Europawahl 2019 entscheidet sich auch, wie die sozialen Rechte der Menschen in
184 Europa weiter mit Leben gefüllt und durchgesetzt werden. Denn eine Gemeinschaft wie die
185 Europäische Union ist den Menschen verpflichtet, die in ihr leben.

186

187 Wir Freie Demokraten wollen die Koordinierung der Sozialen Sicherungssysteme der Mit-
188 gliedsstaaten stärken, damit alle Europäerinnen und Europäer von der Freizügigkeit innerhalb
189 der Europäischen Union nicht nur Gebrauch machen können, sondern auch sozial abgesichert

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Leitantrag

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Landesvorstand

190 sind. Andererseits wird durch eine bessere Koordinierung aber auch verhindert, dass Leistun-
191 gen mehrfach in Anspruch genommen werden.

192

193 Bereits heute bekommen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit der Europäischen Kran-
194 kenversicherungskarte in allen Ländern medizinische Hilfe. Gesund zu sein, ist die beste Vo-
195 raussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine
196 Verbesserung der Umsetzung von Prävention und Gesundheitsförderung ein.

197

198 • DEIN EUROPA – Unsere Landwirte

199

200 Schleswig-Holstein ist (auch) ein Agrarland. Die Landwirtschaft ist für unser Land ein gewich-
201 tiger Wirtschaftsfaktor, dem wir Freiräume gewähren müssen, damit die Land- und Forstwirte
202 als freie, selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Unternehmer tätig werden können.

203

204 Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass die europäische Agrarpolitik marktwirt-
205 schaftlich modernisiert werden muss. Wir brauchen Entbürokratisierung, damit für die Mitglied-
206 staaten größere Spielräume geschaffen werden, um die regionalen Besonderheiten besser
207 berücksichtigen zu können. Wir wollen Programme entwickeln, um landwirtschaftliche Betriebe
208 zu befähigen, schrittweise die Abhängigkeit von Fördermitteln zu reduzieren und gleichzeitig
209 wirtschaftlichen Erfolg zu haben, ohne dabei den Tier- und Naturschutz zu vernachlässigen.
210 Damit leisten wir einen Beitrag zu fairen Wettbewerbsbedingungen in der europäischen Land-
211 wirtschaft und das hilft auch unseren hochqualifizierten Landwirtschaftsbetrieben in Schles-
212 wig-Holstein.

213

214 **Begründung:**

215 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 **Mehr Unterrichtszeit an Grundschulen**

4

5 Die FDP hat in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass in den ersten beiden Schul-
6 jahren an der Grundschule die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche um jeweils eine
7 Stunde auf dann 94 Wochenstunden verteilt auf vier Grundschuljahre angehoben wurde. Der
8 Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,
9 diese Wochenstundenzahl an den Grundschulen in Konkretisierung des Wahlprogramms in
10 den kommenden Jahren sukzessive weiter anzuheben und an die deutlich höhere in Hamburg
11 (94 → 108) anzugleichen. Damit wird mehr Zeit für ein differenziertes Unterrichtsangebot zur
12 Förderung und Integration gewonnen.

13

14

15 **Begründung:**

16 Die Aufgaben der Grundschule sind in den letzten Jahren vielfältiger geworden, auch durch
17 die Zunahme von Inklusion und Integration und damit größerer Heterogenität. Häufig fehlt die
18 Zeit für Übung und Vertiefung der Lerninhalte. Die zusätzlichen Unterrichtsstunden kommen
19 besonders Kindern aus sozial schwachen Haushalten und Kindern mit wenig häuslicher Un-
20 terstützung zugute.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 2

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Stundenausgleich für Organisation und Leitung an**
4 **allen Schulen**

5

6 Die im § 3 Schulgesetz verankerte Selbstverwaltung der Schule sowie die zunehmende Hete-
7 rogenität der Schüler- und Elternschaft erfordert von den Schulleitungen vermehrt Entschei-
8 dungen in finanziellen, rechtlichen und personellen Fragen. Schulleiterinnen und Schulleiter
9 übernehmen damit eine äußerst anspruchsvolle, komplexe und zeitlich aufwändige Leitungs-
10 funktion. Gleichzeitig müssen die einzelnen Schulen den gesellschaftlichen Veränderungen
11 gerecht werden und sich weiterentwickeln.

12

13 Wir Freien Demokraten fordern deshalb, für alle Schulen den Stundenausgleich für Organisa-
14 tion, Verwaltung und Schulentwicklung deutlich zu erhöhen.

15

16 **Begründung:**

17 Politik und Bildungsadministration haben in der Vergangenheit den Aufwand für die Scholor-
18 ganisation (insbesondere Statistik und sonstige Abfragen) und die Verwaltung (Dienstleistun-
19 gen für andere Behörden, z.B. Personalverwaltungssoftware KoPers) immens erhöht, ohne
20 den dafür notwendigen zeitlichen Ausgleich von der Verpflichtung zur Leistung von Unterricht
21 zu berücksichtigen. Dringend notwendige zeitliche Ressourcen für die Unterrichts-, Qualitäts-
22 und Schulentwicklung z.B. im Zusammenhang mit Inklusion, Flüchtlingsbeschulung und der
23 verstärkten Einführung und Verwendung digitaler Medien sind somit nicht mehr vorhanden,
24 um den im Schulgesetz vorgesehenen Bildungsauftrag umsetzen zu können. Schulentwick-
25 lung eigenständiger Schulen erfordert aber Leitungszeit.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 3

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Weiterbildung in Schleswig-Holstein stärken

4

5 Die berufliche Weiterbildung ist in vielfacher Hinsicht ein wichtiger Garant für die Fachkräfte-
6 sicherung des Landes. Mit Hilfe der beruflichen Weiterbildung soll nicht nur der digitale Wandel
7 in den Geschäfts- und Produktionsprozessen bewältigt werden, sondern die berufliche Wei-
8 terbildung ist auch ein Garant für die Attraktivität der Fachkräfteausbildung in allen Branchen,
9 denn junge Menschen wollen Perspektiven und Aufstiegschancen haben, wenn sie sich für
10 eine Berufsausbildung und gegen ein Studium entscheiden.

11 Trotz vielfältiger Bemühungen zur Stärkung der Weiterbildung in Schleswig-Holstein in der
12 Vergangenheit ist das Ergebnis nicht überzeugend. So wurden beispielsweise fast 1/3 der 124
13 Millionen im Weiterbildungs-Topf der Bundesagentur für Arbeit nicht abgerufen und so blieben
14 Gründerzuschüsse, Hilfen bei Neueinstellungen und Weiterbildungen für Geringqualifizierte in
15 Schleswig-Holstein ungenutzt.

16

17 Deshalb bittet der Landesparteitag die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hin-
18 zuwirken

19 - die gegenwärtige Struktur der Weiterbildungsanbieter zu überprüfen und ggf. auszubauen.
20 Dabei sind insbesondere auch Angebote der öffentlichen Fachschulen gem. § 93 SchulG ein-
21 zubeziehen.

22 - kostenfreie Weiterbildungsangebote in allen Branchen, vordringlich jedoch in den Branchen
23 mit besonders hohem Fachkräftebedarf.

24

25 **Begründung:**

26 Der Zugang zu Bildung ist auf allen Stufen für die Betroffenen kostenfrei. Dies gilt beim Besuch
27 der öffentlichen Schulen und den Hochschulen, nicht jedoch für die berufliche Weiterbildung.

28 Diese sogenannte dritte Säule der Bildung ist vielfach mit hohen Kosten verbunden – so z.B.
29 kostet eine Weiterbildung zum Industriemeister Elektrotechnik ca. 6.000,00 €, zum Installateur-
30 Meister Heizungsbau ca. 7.400,00 €. Hier ist es dringend geboten, Gleichwertigkeit zwischen

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 3

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

- 31 beruflicher und akademischer Bildung herzustellen. Wenn junge Menschen vor der Entschei-
32 dung Studium oder Berufsausbildung stehen, dann ist es nicht verwunderlich, wenn sie sich
33 angesichts dieser hohen Kosten für ein kostenfreies Studium an einer Hochschule entscheiden
34 und S.-H. gem. analytix-Studie bis 2030 mit ca. 85.000 fehlenden Fachkräften rechnen muss.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 4

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Lehramt an Grundschulen**

4

5 Die FDP Schleswig-Holstein steht für das Ziel der weltbesten Bildung. Daher fordern wir für
6 das Lehramt an Grundschulen die Einführung eines verbindlichen Studiengangs (Bachelor –
7 und Masterstudiengang umfassend) mit den verpflichtenden Fächern Deutsch, Mathematik
8 und einem dritten Fach der Wahl. Dabei sollen die Vereinbarungen der Kultusministerkonfe-
9 renz zugrunde gelegt werden.

10

11 **Begründung:**

12 Alle Grundschullehrkräfte werden als Klassenleitungen eingesetzt und unterrichten daher die
13 Fächer Deutsch und Mathematik. Die derzeitige Studienordnung mit dem Bachelor in Bil-
14 dungswissenschaften und dem Master für das Lehramt an Grundschulen ermöglicht es z.B.
15 im Bachelor Philosophie und HSU mit gesellschaftlicher Ausrichtung zu studieren. Im Master-
16 studium müssen dann in den Fachbereichen Deutsch und Mathematik lediglich jeweils in ei-
17 nem Semester 6 Semesterwochenstunden mit fachwissenschaftlichen und didaktischen Inhal-
18 ten belegt werden. Damit sind Grundschullehrkräfte nur unzureichend auf den Einsatz an der
19 Grundschule mit den zusätzlichen Anforderungen, die besonders im Bereich der Sprachbil-
20 dung durch Heterogenität, Inklusion und Integration entstehen, vorbereitet. Außerdem wider-
21 spricht dies den Anforderungen der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz.¹²

¹ Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.10.2008 i. d. F. vom 12.10.2017)

² Vierter Bericht über die Umsetzung der „Regelungen und Verfahren zur Erhöhung der Mobilität und Qualität von Lehrkräften - Ländergemeinsame Umsetzungsrichtlinien für die Anpassung von Regelungen und Verfahren bei der Einstellung in Vorbereitungs- und Schuldienst sowie für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen in Studiengängen der Lehramtsausbildung“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.03.2013 i. d. F. v. 27.12.2013) (von der KMK am 15.03.2018 zustimmend zur Kenntnis genommen S.4

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 5

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Digitalpakt und technischer Support**

4

5 Die Bundesregierung will die Länder im Rahmen des „Digitalpaktes“ mit fünf Milliarden in ei-
6 nem Zeitraum von fünf Jahren finanziell unterstützen. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies
7 einen jährlichen Zuschuss von 37 Millionen für ca. 800 Schulen.

8 Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass die nach Schleswig – Holstein fließenden
9 Mittel nicht nur für den Ausbau der Breitbandversorgung incl. WLAN und Hardware verwandt
10 werden. Wir wollen, dass die Mittel auch für zusätzliche IT-Mitarbeiter/-innen eingesetzt wer-
11 den, die die modernen Systeme in den Schulen professionell betreuen und warten können.
12 Bislang wird in fast 40% aller Schulen diese Betreuung von Lehrkräften insbesondere aus den
13 MINT-Fächern sichergestellt. Diese Zeit steht nicht für Unterricht zur Verfügung. Aufgrund des
14 großen Lehrkräftemangels und des hohen Unterrichtsausfalls ist dies nicht zu vertreten, denn
15 die Betreuung der IT-Ausstattung kann von entsprechenden Fachkräften sichergestellt wer-
16 den.

17 Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,
18 dass für Schleswig-Holstein zeitnah auch ein schlüssiges Konzept für den technischen Sup-
19 port vor Ort, d.h. in den einzelnen Schulen, entwickelt und mit finanzieller Unterstützung des
20 Landes eingeführt wird, damit die Lehrkräfte an den Schulen wieder ihre originären Aufgaben
21 erfüllen können.

22

23 **Begründung:**

24 Der Einsatz digitaler Medien im Unterricht kann nur erfolgreich erfolgen, wenn die Technik
25 funktioniert und die digitalen Endgeräte gewartet und instandgehalten werden. Dafür sind
26 Lehrkräfte nicht ausgebildet und dürfen schon aus Gründen der Sicherheit nicht eingesetzt
27 werden.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 6

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Bildungs- und Kulturpolitik und LFA Internet- und Medienpolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Mobile Endgeräte

4

5 Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,
6 dass alle vom Land besoldeten Lehrer ein supportetes, mobiles digitales Endgerät erhalten.

7

8 Mit dieser Ausstattung soll erreicht werden, dass

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

Begründung:

19

20

21

22

23

24

25

26

27

In vielen Berufen werden die administrativen Tätigkeiten über Rechner abgewickelt, die dem Arbeitgeber gehören und der diese verantwortet, um die Datenschutz-, Datensicherheits- und andere Vorgaben sicherzustellen. Solche professionellen Umgebungen, zu denen auch eine Vielzahl von Endgeräten wie Druckern, Beamer, etc. gehören, müssen auch für unseren Schulbetrieb selbstverständlich sein.

Wesentlich für den Erfolg ist ein hervorragender Support, der die Verfügbarkeit einer solchen Arbeitsumgebungen in der Schule und im HomeOffice sicherstellt und schon heute auf dem Markt flächendeckend zur Verfügung steht.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 7

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Verkehrspolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Auslaufen der EEG Förderung

4

5 Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,
6 dass die auf 20 Jahre festgelegte und ab 2021 auslaufende feste Einspeisevergütung aus der
7 EEG Förderung für die Einspeisung von Strom aus Windkraftanlagen nicht verlängert wird.

8

9 **Begründung:**

10 Die Anschubfinanzierung durch eine 20 Jahre dauernde feste Einspeisevergütung ist gelun-
11 gen. Auf Grund dessen wurde die Produktion so optimiert, dass die heutigen Kosten für die
12 Erzeugung des Stromes deutlich gesunken sind. U. a. als Folge dessen sollen viele der alten
13 Anlagen nicht mehr konkurrenzfähig zu betreiben sein, obwohl die Investitionen abgeschrie-
14 ben sind. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, diesen an Ökostromanbieter zu verkaufen oder
15 durch Ergänzungen, wie Stromgarantien zu veredeln, sowie einen Anteil im Eigenverbrauch
16 zu nutzen. Auf keinen Fall sollte es wieder dazu kommen, dass neue Subventionen bereitge-
17 stellt werden. Letzteres ist auch die Beschlusslage der Bundespartei.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 8

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Verkehrspolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Autonome Schiffe und Lotsenpflicht**

4

5 Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,
6 dass im Rahmen der maritimen Kompetenz unseres Landes die Entwicklung von autonomen
7 Schiffen verstärkt gefördert wird. Das Anreizsystem für den Betrieb solcher Schiffe sollte im
8 Gegensatz zur Vergangenheit keine finanziellen Subventionen mehr beinhalten, sondern
9 durch Maßnahmen wie z. B. der schrittweisen Befreiung von der Lotsenannahmepflicht auf der
10 Flensburger Förde, der Kieler Förde und der Trave sowie dem Nordostseekanal einschließlich
11 der Kanalsteuerer erfolgen.

12

13 **Begründung:**

14 Leicht wird übersehen, dass die transportierten Gütermengen auf See- und Binnenwasserstra-
15 ßen enorm sind und Störungen auf den Wasserstraßen schnell zu Versorgungsproblemen
16 führen (Beispiel: Treibstoffversorgung in Teilen Süddeutschlands auf Grund der niedrigen Pe-
17 gelstände des vergangenen Sommers). Deutschland sollte daher nicht nur bei den Kraftfahr-
18 zeugen, sondern auch bei den Schiffen mit an der Weltspitze agieren, zumal diese nicht so im
19 Fokus der Internetgiganten zu liegen scheinen.

20

21 Der Versuch, eine der weltweit größten Handelsflotten durch Subventionen der Landesbanken
22 aufzubauen und zu erhalten, ist in ein finanzielles Desaster der Norddeutschen Bundesländer
23 gemündet. Im Niedergang mit der deutschen Handelsflotte sind die Ausbildungskapazitäten
24 geschrumpft, so dass neue Schiffe zunehmend schwerer mit deutschen Seeleuten bemannt
25 werden können. Die mangelnde Anzahl an Kapitänen und Offizieren, die ihre Patente ausfah-
26 ren, wird auch Auswirkungen auf den Beruf der Lotsen haben.

27

28 Nun nicht nur in Norwegen wird an autonom fahrenden Schiffen für die Fjorde, sondern auch
29 in Schleswig-Holstein für die Kieler Förde geforscht. Mit diesem Antrag soll der Fokus auf ein
30 Feld gelenkt werden, in dem S.-H. als Küstenland jahrhundertealte Kompetenzen im Gegen-
31 satz zur Automobil Industrie aufweist und diese daher ausspielen kann. Daher die Forderung,

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 8

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Verkehrspolitik

- 32 die Forschung verstärkt zu fördern. Zum anderen muss es andere Anreizsysteme als eine
33 direkte Subvention geben. Eine schrittweise Befreiung von der Lotsenpflicht parallel zur tech-
34 nischen Weiterentwicklung der autonomen Schiffe führt zum einen zu einfacheren Prozessen
35 und geringeren Kosten; gleichzeitig bietet es die Möglichkeit, die Lotsenannahmepflicht auf
36 die wirklichen Problemfälle zu fokussieren.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 9

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Verkehrspolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Reorganisation der DB AG

4

5 Der Landesparteitag bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung darauf hinzuwirken,

6

7 a. dass die schon lange geforderte Trennung von Netz und Betrieb durchgeführt wird,

8 b. dass die DB Regio AG und die DB Fernverkehr AG weiterhin unabhängig bleiben und

9 c. dass ein Teil der Modernisierung aus der Veräußerung systemfremder Unternehmens-
10 teile, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien identifiziert werden, finanziert wird.

11

12 **Begründung:**

13 Die FDP Schleswig-Holstein kann aus Erleben ihrer eigenen Mitglieder sehr gut die Kritik des
14 Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann an der Deutschen Bahn AG gut nachvoll-
15 ziehen, wirken sich doch die Störungen im Bahnbetrieb massiv auf die Motivation der pendeln-
16 den Bürger als auch auf die Planbarkeit und Durchführung von wirtschaftlichen Aktivitäten aus.
17 Auch kann sie seinen Hinweis auf die unübersichtliche Organisationsstruktur mit teils sich wi-
18 dersprechenden Interessen von fast 20 Gesellschaften teilen.

19

20 Die im Augenblick kursierenden Vorschläge zur Reorganisation, wie die Zusammenlegung der
21 DB Regio AG mit der DB Fernverkehrs AG, laufen jedoch in die völlig falsche Richtung, handelt
22 es sich doch um zwei völlig unterschiedliche Geschäftsfelder. Steht der Fernverkehr in frei
23 finanzierter Konkurrenz mit anderen Bahngesellschaften, so betreibt die DB Regio ein von den
24 Bundesländern subventioniertes Geschäft zur Erbringung der öffentlichen Regionalverkehre.
25 Eine Verbindung dieser beiden Geschäftsfelder, womöglich noch in Verbindung mit der DB
26 Cargo, würde der Bahn einen für private Anbieter uneinholbaren Machtvorsprung bei der Fahr-
27 plangestaltung und eine Chance zur versteckten Quersubventionierung eröffnen. Dieses
28 würde auf eine weitere Festigung des de-facto-Monopols der Deutschen Bahn AG hinauslau-
29 fen und bedeutete im Kern die Rückabwicklung der Bahnreform von 1993. Eine solche Zu-
30 sammenlegung liefe zudem der von der EU betriebenen Liberalisierung der europäischen Ei-
31 senbahnverkehre zuwider.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 9

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Verkehrspolitik

32 Das Grundproblem der Bahn ist in erster Linie aber der über Jahre verschleppte Ausbau der
33 Infrastruktur sowohl bei den Fernstrecken, als auch in den Bahnhofsumgebungen und bei der
34 Sicherheits- und Signaltechnik. Gleichzeitig wurden die gefahrenen Zugkilometer durch die
35 öffentlichen Aufgabenträger der Bundesländer massiv erhöht und viele Ausweichgleise und
36 Teilstrecken aufgegeben. So wirken sich bereits kleinste Betriebsstörungen heute massiv und
37 großflächig bis zum teilweisen Zusammenbruch des Verkehrs in ganzen Regionen aus.

38
39 Zugleich befindet sich die Bundesregierung als Eigentümer der DB in einem Interessenkonflikt
40 zwischen der Neutralität gegenüber den Wettbewerbern im Bahnverkehr und den Erfordernis-
41 sen als Gesellschafter des Großunternehmens. Es braucht daher zu aller erst die endgültige
42 Trennung zwischen Infrastruktur und dem operativen Betrieb und damit der Schaffung der
43 Möglichkeit einer getrennten Privatisierung der Betriebsgesellschaften der Schenker AG, der
44 DB Fernverkehr AG, DB Regio AG und DB Cargo AG.

45
46 Die DB Netz AG, ergänzt um netznahe Dienstleistungen wie Bahnbau, Energie oder Kommu-
47 nikationstechnik, muss dagegen in eigene bundeseigene Infrastrukturgesellschaft überführt
48 werden, um den Nutzern ein hochwertiges und vor allem verlässliches Angebot zu liefern.

49
50 Nur auf diese Weise kann sich der Bahnbetrieb auf seine Kernkompetenz des Personen- und
51 Gütertransports konzentrieren. Außerdem würde der Verkauf der Geschäftseinheiten der
52 Bahn AG neue Handlungsspielräume ermöglichen, Teile der notwendigen Infrastrukturerneu-
53 erung zu bezahlen und den Steuerzahler bei den notwendigen Investitionen in das Schienen-
54 netz zu entlasten. Die Betreibergesellschaften werden auf diese Weise in einen Wettbewerb
55 gestellt, der dafür sorgt, dass der Bahnkunde vergleichen und die für ihn beste Alternative
56 wählen kann. Nicht zuletzt erhalten in einem solchen System innovative Mittelständler die
57 Chance, neue und intelligente Angebote zu platzieren.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 10

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Umwelt- und Energiepolitik

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Landanschlüsse für Schiffe für saubere Luft in den Städten**

4

5 Für die Freien Demokraten sind Umwelt- und Klimaschutz eine grundlegende Aufgabe der
6 Politik, um unsere Umwelt auch für nachfolgende Generationen lebenswert zu erhalten.
7 Gleichzeitig aber steht der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik.

8 Die aktuelle Debatte um die Belastung der Luft in den Städten durch Stickoxide NOx und Fein-
9 staub konzentriert sich auf den Bereich des Straßenverkehrs, Maßnahmen wie Dieselfahrver-
10 bote werden in Betracht gezogen, um Grenzwerte einzuhalten. In dieser Diskussion werden
11 andere Quellen, die maßgeblich zur Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub beitragen nur
12 wenig berücksichtigt. Eine dieser Quellen ist der Schiffsverkehr, der gerade in Schleswig-Hol-
13 stein als Land zwischen den Meeren signifikant zur Emission von NOx und Feinstaub beiträgt.
14 Gerade in diesem Bereich ist das Potential hoch, Emissionen durch Technologien zu senken.
15 Derzeit ist die Nutzung von Landstromanschlüssen für viele Reedereien zu kostenintensiv,
16 weswegen wir den Landstrom attraktiver machen wollen, als den Schiffsmotor im Hafen laufen
17 zu lassen.

18

19 Der FDP-Landesparteitag möge beschließen, bei der EU-Kommission in Brüssel darauf hin-
20 zuwirken, dass

21

22 1. bereits bis 2020 neue Beihilfeleitlinien für Umweltschutz und Energie bekanntgegeben
23 werden.

24 2. Abschnitt 3.7.2. der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen i.V.m.
25 Anhang 3 um die Bereiche H50.20 (Güterbeförderung in der See- und Küstenschiff-
26 fahrt); H50.10 (Personenbeförderung in der See- und Küstenschiffahrt); A03.11 (Mee-
27 resfischerei); H52.22 (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt)
28 erweitert wird.

29

30

31

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 10

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Umwelt- und Energiepolitik

32 **Begründung:**

33 In Schleswig-Holstein haben sich die Koalitionspartner daher darauf verständigt, dass Land-
34 stromanschlüsse in den Häfen konkurrenzfähig genutzt werden können und beim Bundesrat
35 die Befreiung des Landstroms von den Umlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz
36 (EEG) anzustreben. Seit Januar können nun die hierfür nötigen unionsrechtlichen Rahmenbe-
37 dingungen gestaltet werden.

38 Die europarechtlichen Beihilfeleitlinien, die dem Projekt derzeit noch entgegenstehen, werden
39 gerade überarbeitet und die Kommission hat hierzu die Öffentlichkeit ausdrücklich zur Beteili-
40 gung aufgerufen. Daher ist jetzt der Zeitpunkt zu handeln! Denn andernfalls kann es bis 2030
41 keinen rentablen Landstrom für Schiffe geben.

42 Am 7. Januar 2019 hat die EU-Kommission bekanntgegeben den Geltungszeitraum der "Leit-
43 linien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020" (2014/C 200/01) erstens
44 um zwei Jahre bis 2022 zu verlängern und zweitens diese einem "fitness check" zu unterzie-
45 hen. (EU-Kommission, Pressemitteilung v. 07.01.2019, IP/19/182).

46 Für Schleswig-Holstein hat die Schifffahrt eine besondere wirtschaftliche Bedeutung. Von etwa
47 einem Drittel der weltweiten Schiffsbewegungen liegt der Ziel- oder Abfahrtshafen in der EU,
48 Nord- und Ostsee gehören zu den am häufigsten und dichtesten befahrenen Meeren der Welt.
49 Mehr als 30.000 Schiffe passieren pro Jahr den Nord-Ostsee-Kanal und täglich fahren rund
50 2.000 Schiffe zu jeder Zeit auf der Ostsee. Insgesamt machen die Stickoxidemissionen der
51 Schifffahrt circa 15% der europäischen NOx-Emissionen aus, dabei werden rund 32% inner-
52 halb von 12 Seemeilen in unmittelbarer Nähe zur Küste emittiert. Hinzu kommt die Belastung
53 durch Feinstaub.

54 Laut NABU emittiert ein Kreuzfahrtschiff so viel NOx wie 421.153 Autos und so viel Feinstaub
55 wie 1.052.885 Autos. Dies belastet insbesondere die Menschen in Hafenstädten, wo Schiffe
56 ihre Stromversorgung ganztägig mit Dieselgeneratoren betreiben. Daher fordern wir, Schiffe
57 beim Umstieg auf E-Landanschlüsse zu unterstützen und so vor allem die Hintergrundbelas-
58 tung durch Stickoxide und Feinstaub zu senken. Dies ist zurzeit noch unrentabel, da Land-
59 strom viel zu teuer ist.

60 Die Beihilfeleitlinien wurden geschaffen, um die Klimaziele zu erreichen, die Umwelt zu schüt-
61 zen und die Ressourcen zu schonen. Im Bereich der Seeschifffahrt erreichen diese Leitlinien
62 genau das Gegenteil, denn die Verweigerung von Ermäßigungen auf die EEG-Umlage führt
63 dazu, dass Schiffe auch im Hafen ihre Stromversorgung ganztägig mit Diesel sicherstellen und

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 10

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: LFA Umwelt- und Energiepolitik

64 so mehr Schadstoffe ausstoßen statt weniger. Die EU-Beihilfeleitlinien verfehlen hier ihr Ziel
65 und bedürfen daher im Zuge des ohnehin stattfindenden "fitness checks" einer dringenden
66 Anpassung.
67 Im Interesse des Klima- und Umweltschutzes sowie der Gesundheit der Menschen in Hafен-
68 städten setzt sich die FDP dafür ein, dass die Versorgung von Seeschiffen mit Landstrom
69 rentabel wird.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 11

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Prognoseverfahren für Infraschall**

4

5 Die FDP Schleswig-Holstein setzt sich für die Prognose der tieffrequenten Geräusche als Teil
6 der Regelfallprüfung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ein.

7

8 Die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion werden gebeten entsprechendes umzuset-
9 zen, z.B. durch Hinwirken auf eine Ergänzung der Nrn. 3.2.1 Abs. 1, 3.2.1. Abs. 6 und A.1.5
10 der TA Lärm.

11

12 **Begründung:**

13 TA Lärm und DIN 45680 enthalten lediglich Vorschriften für die Messung und Beurteilung tief-
14 frequenter Geräusche.

15

16 Die im Rahmen der Regelfallprüfung nach Nr. 3.2.1 Abs. 1, 6, Nr. A.2 TA Lärm vorgesehene
17 Geräuschimmissionsprognose ist allein auf den A-bewerteten Beurteilungspegel gerichtet, der
18 an den Immissionsrichtwerten nach Nr. 6 TA Lärm zu messen ist. Eine Prognose der tieffre-
19 quenten Geräuschimmissionen, die von der zu beurteilenden Anlage ausgehen, ist in der TA
20 Lärm nicht vorgesehen.

21 Es gibt bis heute kein normiertes Prognoseverfahren dafür. Die tieffrequenten Geräusche wer-
22 den daher weder im immissionsschutzrechtlichen noch im bauaufsichtlichen Genehmigungs-
23 verfahren prognostiziert.

24 Die Bewältigung der Konflikte, die durch tieffrequenten Lärm in der Umgebung von Anlagen
25 hervorgerufen werden, wird dem Instrumentarium der nachträglichen Bewältigung vorbehal-
26 ten. Dieses Vorgehen ist bei Anlagen, die bauartbedingt die Emission tieffrequenter Geräu-
27 sche erwarten lassen, angesichts des heute erreichten Standes der Technik nicht mehr ange-
28 messen. Ist das Prognoseverfahren für tieffrequente Geräusche normiert, kann es in das ver-
29 bindliche Immissionsschutzrecht aufgenommen und zum Teil der Regelfallprüfung für jene An-
30 lagen werden, die bauartbedingt die Emission tieffrequenter Geräusche erwarten lassen.

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 12

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Kreisverband Kiel

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Kreativität eine Chance geben – Studiengang Architektur**
4 **wieder in Kiel**

5

6 Die FDP Schleswig-Holstein fordert die Wiedereinführung eines Studiengangs Architektur an
7 einer der Kieler Hochschulen. Dabei gilt es auch, beim Umfang der Lehre die prognostizierten
8 Bedarfe zu berücksichtigen. Zudem begrüßen wir eine explizite Forderung von Verknüpfungen
9 mit Unternehmen in Schleswig-Holstein.

10

11 Außerdem sollen auch angestellte Architekten die Möglichkeit im Versorgungswerk von der
12 gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreien zu lassen, um jungen Architekten den Be-
13 rufseinstieg in Schleswig-Holstein attraktiv zu machen und so Architekturabsolventen aus Kiel
14 den Verbleib in der Stadt schmackhaft zu machen.

15

16 **Begründung:**

17 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 13

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Kreisverband Kiel

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Von der Islamkunde zum Islamunterricht

4

5 Die Freien Demokraten Schleswig-Holstein wollen eine Gleichberechtigung der Religionen er-
6 reichen, so sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes befinden. Gleichzeitig sehen wir Ra-
7 dikalisierungstendenzen, die von manchen Koranschulen ausgehen mit großer Besorgnis. Vor
8 diesem Hintergrund fordern wir für Schleswig-Holstein, den bereits jetzt an einigen Grundschu-
9 len bestehenden Islamkundeunterricht –wo seitens der religiös gebundenen Schülerschaft Be-
10 darf besteht – zügig auf weiterführende Schulen auszudehnen. Lehrkräfte sind entsprechend
11 zeitnah fortzubilden.

12 Ferner fordern wir, wenn es die Bedingungen erlauben, einen konfessionellen Islamunterricht
13 gem. GG Art. 7, Abs. 3 an den Schulen des Landes einzurichten. Hierfür ist es unerlässlich,
14 dass Religionsverbände als Partner zur Verfügung stehen, die nachweislich in Dogmen und
15 Verhalten grundgesetzkonform sind. Wenn diese Anforderungen erfüllt sind, sind entspre-
16 chende Ausbildungskapazitäten an den Universitäten des Landes mittel- bis langfristig zu
17 schaffen.

18 Wenn seitens der Sicherheitsbehörden keine Bedenken bestehen, ist ein geeigneter Islamver-
19 band mittelfristig in Schleswig-Holstein als Religionsverband anzuerkennen, womit eine wich-
20 tige Voraussetzung für einen konfessionellen Religionsunterricht gegeben wäre.

21

22 **Begründung:**

23 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 14

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Kreisverband Kiel

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Konsumräume ermöglichen

4

5 Die Freien Demokraten Schleswig-Holstein bitten das Sozialministerium, sich für die Schaf-
6 fung einer Rechtsverordnung im Land gem. §10a (2) BTMG einzusetzen und somit den Kom-
7 munen ermöglichen, Konsumräume einzurichten.

8

9 **Begründung:**

10 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 15

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein, Oliver Kumbartzky MdL

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Legalisierung von Visiereinrichtungen mit Wärmebild- oder**
4 **Nachtsichtfunktion für Jäger**

5

6 Schwarzwild wird, auch im Rahmen der Schweinepestprävention, von Jägern aufgrund seiner
7 Lebensweise vor allem während der Dämmerung bejagt. Die FDP Schleswig-Holstein fordert,
8 dass für den Zweck der tierschutzgerechten Jagdausübung auf Schwarzwild Jägern die Ver-
9 wendung von Visiereinrichtungen mit Wärmebild- und Nachtsichtfunktion gestattet wird.

10

11 **Begründung:**

12 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 16

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Jan Marcus Rossa MdL, Dr. Heiner Garg, Dr. Matthias Badenhop

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Sichere Herkunftsstaaten neu denken!**

4

5 Für uns Freie Demokraten ist das Menschenrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Dem steht nicht
6 entgegen, dass wir effektive Mechanismen für die Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit
7 entwickeln müssen, um Asylverfahren wirksam zu beschleunigen, ohne allerdings das Schutz-
8 bedürfnis des Einzelnen zu vernachlässigen.

9

10 Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Asylverfahren mit dem System der sog. Sicheren
11 Herkunftsstaaten, wie dies in Art. 16a Abs. 3 GG geregelt ist, grundsätzlich effizienter gestaltet
12 und beschleunigt werden können. Allerdings muss das heutige System weiterentwickelt wer-
13 den, weil es bei der Entscheidung über Sichere Herkunftsländer nicht hinreichend differen-
14 zierte Entscheidungen ermöglicht.

15

16 Das heutige System der Sicheren Herkunftsstaaten lässt nur eine Entscheidung darüber zu,
17 ob ein Staat insgesamt als sicher gilt oder nicht. Dieses „Alles-oder-Nichts“-Prinzip ist vor dem
18 Hintergrund fragwürdig, dass in fast allen Ländern, die die Bundesregierung für sicher erklären
19 will, rechtsstaatliche Defizite bestehen und das Risiko einer Verfolgung im Sinne des Asyl-
20 rechts nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Es dürfte deshalb fraglich sein, ob bei
21 solchen, nicht vollständig sicheren Ländern in Zukunft im Bundesrat die erforderlichen Mehr-
22 heiten für die Einstufung als sicher gefunden werden können.

23

24 Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine differenziertere Gestaltung des Systems der Si-
25 cheren Herkunftsstaaten. Staaten sollen nicht mehr nur insgesamt, sondern auch für einzelne
26 Verfolgungsmerkmale, wie Rasse, Religion, politische Überzeugungen, Geschlecht, sexuelle
27 Identität etc. als sicher eingestuft werden können. Bei Verfolgungsmerkmalen, bei denen ein
28 Staat weiterhin als nicht sicher gilt, würde der Rechtsschutz weder im Asylverfahren selbst
29 noch bei der Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen eingeschränkt werden.

30

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 16

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Jan Marcus Rossa MdL, Dr. Heiner Garg, Dr. Matthias Badenhop

31 Um einen Missbrauch auszuschließen, müssen Sanktionsregelungen für den Fall geschaffen
32 werden, dass sich ein Ausländer nachweislich treu- und wahrheitswidrig auf ein privilegiertes
33 Verfolgungsmerkmal beruft, bei dem der jeweilige Herkunftsstaat weiterhin als nicht sicher gilt.

34

35 **Begründung:**

36 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 17

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Christopher Vogt MdL

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Planungsbeschleunigung zur Sicherung von Mobilität**
4 **und Wohlstand**

5

6 Die FDP Schleswig-Holstein setzt sich konsequent für einen schnellstmöglichen Abbau des
7 Sanierungs- und Ausbaus in unserer Verkehrsinfrastruktur ein. Wir wollen unsere Ver-
8 kehrsinfrastruktur erheblich verbessern, um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger gewähr-
9 leisten und den Wohlstand unserer Gesellschaft sichern und mehren zu können. Eine funktio-
10 nierende Infrastruktur trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die einzelnen Bürgerinnen und
11 Bürger frei entfalten können.

12

13 Der notwendige Erhalt und der sinnvolle Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur hängt aller-
14 dings nicht nur von der Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln ab, sondern auch
15 von ausreichenden Planungskapazitäten und einer Reform des Planungsrechts, das mittler-
16 weile zu einem Verhinderungsrecht geworden ist. Um politisch gewollte Verkehrsprojekte auch
17 tatsächlich in einem angemessenen Zeitrahmen anpacken und umsetzen zu können, brau-
18 chen wir endlich ein effektiveres Planungsrecht.

19

20 Zur Beschleunigung von Planungsverfahren sollen daher folgende Maßnahmen umgesetzt
21 werden:

22

23 1. Schaffung einer klaren Stichtagsregelung für eine bessere Rechts- und Planungssi-
24 cherheit:

25 Veränderte Rahmenbedingungen, die sich erst nach Einreichen der Planungsunterla-
26 gen ergeben und somit im Planungsverfahren nicht berücksichtigt werden konnten, sol-
27 len demnach kein Einwendungsgrund mehr sein.

28 2. Wiedereinführung der materiellen Präklusion (auch durch Anpassung der europäi-
29 schen Rechtsetzung):

30 Einwendungen, die nicht bereits im Anhörungsverfahren geltend gemacht wurden, wer-
31 den von möglichen Prozessen ausgeschlossen. Die materielle Präklusion wird dabei

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 17

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Christopher Vogt MdL

32 durch eine Mitwirkungspflicht für Verbände ergänzt, wodurch strittige Punkte frühzeitig
33 identifiziert und kooperativ erörtert werden. Wer sich nicht rechtzeitig beteiligt und ein-
34 bringt, verwirkt somit sein späteres Klagerecht. Das Verbandsklagerecht wird hierdurch
35 nicht eingeschränkt.

36 3. Festlegung der erstinstanzlichen Zuständigkeit von Oberverwaltungsgerichten (OVG)
37 für Planungsverfahren bei Landesstraßen: Da die OVG bereits erstinstanzlich für Bun-
38 desfernstraßen zuständig sind, kann die dort vorhandene Expertise und Routine auch
39 für Landesstraßen genutzt werden. Zudem ist die Einrichtung spezieller Kammern für
40 Angelegenheiten des Planungsrechts in Erwägung zu ziehen.

41 4. Anwendung von Maßnahmegesetzen („Legalplanung“) für besonders wichtige Ver-
42 kehrsprojekte:

43 Der Gesetzgeber tritt dabei an die Stelle der Planfeststellungsbehörde und ist verpflich-
44 tet, an ihrer Stelle öffentliche und private Belange gegeneinander abzuwägen.

45 5. Reduzierung des kommunalen Anteils zur Finanzierung von Eisenbahnkreuzungsmaß-
46 nahmen, um insbesondere die Umsetzung wichtiger TEN-Strecken zu beschleunigen.

47 6. Gesetzliche Klarstellung, für welche Änderungs- und Instandhaltungsvorhaben (z.B.
48 Ersatzbauten von Brücken) keine Planfeststellung/Plangenehmigung notwendig ist.

49

50 **Begründung:**

51 erfolgt mündlich

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
23. März 2019 in der Stadthalle Neumünster**

Antrag Nr. 18

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dennys Bornhöft MdL und Oliver Kumbartzky MdL

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3 **Kinder haben ein Recht auf Gesundheit – Impfpflicht in**
4 **Deutschland einführen**

5

6 Die FDP Schleswig-Holstein fordert die Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht für Kinder
7 bis zum 14. Lebensjahr. Die vorzunehmenden Impfungen orientieren sich an den Empfehlun-
8 gen der ständige Impfkommision des Robert Koch Instituts. Der behandelnde Kinderarzt ist
9 dazu angehalten, die Erziehungsberechtigten bei den regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen
10 auf die Impfpflicht hinzuweisen. Des Weiteren soll eine erfolgte Impfung gegen Kinderkrank-
11 heiten Voraussetzung dafür sein, dass ein Kind in einer Krippe oder Kindertagesstätte aufge-
12 nommen werden kann.

13

14 Von der Impfpflicht sind die Kinder ausgenommen, die aus medizinischen Gründen nicht ge-
15 impft werden können.

16

17 **Begründung:**

18 Krankheiten, die in Deutschland schon als ausgerottet galten, sind wieder auf dem Vormarsch.
19 Während die Impfquote bei Masern auf 73% gesunken ist, steigen die Fallzahlen von Masern,
20 aber auch Keuchhusten wieder an, u.a. mit auch mit Todesfolge für die Kinder.

21

22 Nicht zuletzt durch überwiegend unwissenschaftliche Vorurteile und Impfmüdigkeit gefährden
23 immer mehr Personen dadurch fahrlässig die Gesundheit der eigenen, aber auch anderer Kin-
24 der. Dies ist sowohl für den Leib und Leben der einzelnen Kinder, als auch gesamtgesell-
25 schaftlich nicht hinnehmbar. Das Erziehungsrecht der Eltern kennt Grenzen, wenn es zulasten
26 des Wohlergehens und der Gesundheit des Kindes geht. Kinder sollten deshalb zum Schutze
27 ihrer körperlichen Unversehrtheit ein Recht auf Impfschutz erhalten.